



2. WELTKONGRESS

Vancouver, 21. – 25. Juni 2010

ENTSCHLIESSUNG

DIE GRUNDLEGENDEN ARBEITNEHMERRECHTE FÖRDERN UND SCHÜTZEN

1. Der Kongress bekräftigt, dass Arbeitnehmerrechte Menschenrechte sind und dass die Förderung und der Schutz der grundlegenden Arbeitnehmerrechte eine Priorität des IGB ist und bleiben muss. Die Sicherstellung ihrer uneingeschränkten, universellen Achtung und ihrer Durchsetzbarkeit ist die erforderliche Garantie für die Menschenrechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine Vorbedingung für ein gerechtes Globalisierungsmodell. Ebenso wie Armut an einem Ort eine Gefahr für den Wohlstand überall darstellt, untergräbt die Verletzung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte in einem Land diese Rechte auch in Ländern, in denen sie gegenwärtig geachtet werden.

2. Die Definition der grundlegenden Arbeitnehmerrechte findet sich in den IAO-Übereinkommen 87 und 98 über Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen, 29 und 105 über Zwangsarbeit, 100 und 111 über Diskriminierung sowie 138 und 182 über Kinderarbeit, und die Erklärung der IAO von 1998 über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit verpflichtet alle Regierungen ausdrücklich zur Achtung der in diesen Übereinkommen verankerten Grundsätze sowie zu deren Verteidigung innerhalb der multilateralen Organisationen. Die in der IAO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit aus dem Jahr 2008 und dem Globalen Pakt für Beschäftigung aus dem Jahr 2009 kodifizierte Agenda für menschenwürdige Arbeit erkennt die Normen zudem als wichtige Komponente einer konzertierten Strategie zur Überwindung der Krise und zur Erreichung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung an. Der Kongress fordert die Regierungen auf, dieser Verpflichtung nachzukommen und, falls nicht bereits geschehen, die genannten Übereinkommen zu ratifizieren. Die Regierungen sind für den Schutz dieser grundlegenden Menschenrechte in der Gesetzgebung und Praxis verantwortlich. Den Regierungen kommt hier in der Tat eine unerlässliche Rolle zu. Der Kongress bedauert und verurteilt die anhaltenden und weit verbreiteten Verletzungen grundlegender Arbeitnehmerrechte, wo immer sie auftreten, und verpflichtet den IGB zu Bemühungen um deren Beendigung.

3. Der Kongress ist sich bewusst, dass jeder Staat die Verantwortung hat, die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger sowie seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen, sowohl auf nationaler und regionaler Ebene als auch innerhalb internationaler Institutionen. Er stellt erneut fest, dass die Organisationen des multilateralen Systems eine ergänzende Verantwortung dafür tragen, internationale politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte fördern und die Regierungen dabei unterstützen, ihrer Verantwortung nachzukommen. Er fordert daher vor allem die internationalen Finanzinstitutionen und die WTO auf, die Förderung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte und des Rechtes auf menschenwürdige Arbeit zu einem ausdrücklichen Ziel ihrer Arbeit zu machen und zu diesem Zweck eng mit der IAO zusammenzuarbeiten. Es ist dringend erforderlich, dass die IAO und die WTO ihre Zu-

sammenarbeit vertiefen, damit das internationale Handelssystem der Inkraftsetzung dieser Rechte in wirksamer Weise dient.

4. Der Kongress unterstreicht die entscheidende Rolle des Überwachungssystems der IAO in Bezug auf die Rechenschaftspflicht der Regierungen hinsichtlich der Durchführung der Grundrechtsübereinkommen. Er fordert den IGB und seine Mitgliedsorganisationen auf, in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmergruppe der IAO die Integrität dieses Systems und dessen Rechtsprechung zu verteidigen und jede Gelegenheit zu nutzen, um es zu stärken. Angesichts der zunehmenden Globalisierung ist es besonders wichtig, dafür zu sorgen, dass die Universalität der IAO-Normen nicht durch Handels- und Investitionsabkommen oder politische oder juristische Beschlüsse auf nationaler oder regionaler Ebene untergraben wird. Grenzübergreifende Solidaritätsaktionen sollten daher generell als legitime Instrumente internationaler Gewerkschaftsaktionen anerkannt werden. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf nationaler, regionaler und globaler Ebene für die uneingeschränkte, gesetzliche Anerkennung des Rechtes der Gewerkschaften auf grenzüberschreitende Sympathieaktionen, einschließlich Arbeitskämpfen, zu sorgen.

5. Der Kongress betont die wichtige Rolle, die internationalen, regionalen und nationalen Gewerkschaftsorganisationen – in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft – bei der Sensibilisierung und Unterrichtung der Menschen zukommt, damit sie ihre grundlegenden Rechte wirksamer schützen können. Ein solches Bewusstsein um ihre Rechte ist eine Vorbedingung für die Emanzipation der Menschen im Allgemeinen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Besonderen.

6. Das Recht auf die Gründung von und den Beitritt zu einer Gewerkschaft, auf Tarifverhandlungen und auf ungehinderte und unabhängige Gewerkschaftsaktionen ist für alle Beschäftigten von entscheidender Bedeutung für die Förderung und den Schutz ihrer Interessen. Der Kongress stellt fest, dass das in der Jährlichen Übersicht des IGB dokumentierte Ausmaß der Verletzungen dieser Rechte einen konzertierten Angriff auf arbeitende Menschen überall und ein drastisches und inakzeptables Versäumnis der Regierungen hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtung zum Schutz grundlegender Menschenrechte bzw. zu einer angemessenen Lenkung der globalen Wirtschaft darstellt. Er würdigt den Mut und das Engagement der vielen Opfer derartiger Rechtsverletzungen und verpflichtet den IGB erneut dazu, dafür zu sorgen, dass ihr Opfer nicht vergeblich ist. Der Kongress verurteilt externe Eingriffe in Gewerkschaftsaktivitäten, u.a. in Ländern, in denen dies zum Entstehen zahlreicher Gewerkschaften und somit zu deren Schwächung geführt hat oder in denen ein Gewerkschaftsmonopol aufgezwungen wurde.

7. Der Kongress bedauert ferner, dass mindestens 12,3 Millionen Menschen heute immer noch modernen Formen der Sklaverei und anderen Formen von Zwangsarbeit ausgesetzt sind. Es muss dringend etwas unternommen werden, um die Zunahme des Menschenhandels und anderer mit der Globalisierung zusammenhängender Missbräuche, durch die die schwächsten Beschäftigten der Welt den grausamsten und extremsten Formen von Rechtsverstößen ausgesetzt sind, zu beenden.

8. Der Kongress begrüßt die vom IGB seit seiner Gründung durchgeführte Kampagne gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel. Er ersucht den IGB, diese Arbeit fortzusetzen, und die Mitgliedsorganisationen, sich an dieser und anderen Initiativen in diesem Bereich zu beteiligen, um das Ziel der IAO zu erreichen und Zwangsarbeit bis zum Jahr 2015 auszumerzen.

9. Der Kongress verurteilt die unerträgliche Tatsache, dass mehr als 200 Millionen Kinder zur Arbeit und nicht zur Schule gehen und bekräftigt die Verpflichtung des IGB zu der historischen Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, die Ausbeutung von Kindern zu

beenden und eine qualitativ hochwertige, kostenlose Bildung für alle zu ermöglichen. Er unterstreicht, dass Kinderarbeit der körperlichen und seelischen Entwicklung von Kindern akuten Schaden zufügt und den Kreislauf der Armut, Not und Unterentwicklung der Gesellschaften, in denen sie auftritt, fortsetzt.

10. Der Kongress ist sich bewusst, dass der Kampf für die Beendigung jeglicher Kinderarbeit, wie in IAO-Übereinkommen 138 definiert, unerlässlich für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für alle ist und verschiedene Komponenten umfassen muss. Er sollte sowohl eine sektorale Dimension und eine spezifische Strategie für die informelle Wirtschaft als auch eine für die Auseinandersetzung mit der Benachteiligung von Mädchen erforderliche geschlechtsspezifische Dimension beinhalten, ebenso wie die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, wie in IAO-Übereinkommen 182 definiert. Dies sollte eng mit der Einhaltung des Mindestbeschäftigungsalters, wie in IAO-Übereinkommen 138 definiert, verknüpft werden. Der Kongress ist sich des engen Zusammenhangs zwischen dem Auftreten von Kinderarbeit und dem Fehlen menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten für Erwachsene bewusst, und er befürwortet Programme, die auf die Schaffung kinderarbeitsfreier Sektoren oder Zonen und Kampagnen für Bildung für alle abzielen, um Kinderarbeit vollständig zu beseitigen. Regierungen, die ihre eindeutige Verpflichtung zur Beendigung der Kinderarbeit unter Beweis stellen, sollten so umfangreiche internationale Unterstützung wie möglich erhalten, vor allem über das Internationale Programm der IAO zur Abschaffung der Kinderarbeit (IPEC) und dessen Aktionsplan für die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit bis zum Jahr 2016. Ein solcher Plan sollte umfassende Partnerschaften mit Gewerkschaften im Kampf gegen Kinderarbeit beinhalten. Gegen Regierungen und Arbeitgeber, die die Ausbeutung von Kinderarbeit dulden oder davon profitieren, sollten harte Strafen verhängt werden, u.a. durch Handelsmaßnahmen.

11. Der Kongress bekräftigt, dass Diskriminierung in all ihren Formen einen Verstoß gegen den Grundsatz gleicher Rechte für alle Menschen darstellt. Er verpflichtet den IGB erneut dazu, jeglicher Form von Diskriminierung, ob aufgrund des Geschlechts, der Rassenzugehörigkeit, der Nationalität, der ethnischen Herkunft, der Glaubenszugehörigkeit, der politischen Überzeugung, des Alters, einer Behinderung, des Gesundheitszustandes, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität, entschieden entgegenzutreten. Er äußert tiefe Besorgnis über die Zunahme der Spannungen und Konflikte in vielen Teilen der Welt, die sowohl Ursache als auch Wirkung von Diskriminierung sein können und fordert den IGB auf, jede Gelegenheit zu nutzen, um für deren Beendigung zu kämpfen.

12. In diesem Zusammenhang kommt den Gewerkschaften eine besondere Verantwortung dabei zu, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit am Arbeitsplatz und in den Gemeinwesen aktiv zu bekämpfen und in Unternehmen die Konzepte der Vielfalt am Arbeitsplatz und der Integration aller Beschäftigten in der Welt der Arbeit und in der Gesellschaft zu fördern. Der Kongress weist das Konzept der Unvereinbarkeit verschiedener Kulturen oder der Überlegenheit einer bestimmten Kultur unmissverständlich zurück und fordert den IGB und seine Mitgliedsorganisationen auf, derartigen Thesen mit der Solidarität unter allen Beschäftigten und der Verpflichtung zu Koexistenz, Toleranz und Verständnis auf der Grundlage absoluter Gleichstellung entgegenzutreten.

13. Die Gewerkschaften haben zudem die Pflicht, Homophobie am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft aktiv entgegenzutreten. Der Kongress verurteilt unmissverständlich jegliche Form der Diskriminierung von oder Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LSBT) oder die Verweigerung ihrer Rechte und befürwortet Maßnahmen, die auf die Entkriminalisierung bzw. auf die Verhinderung der Kriminalisierung von Homosexualität überall auf der Welt abzielen. Er fordert den IGB und seine Mitgliedsorganisationen auf, derartige Einstellungen solidarisch mit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und mit einer Verpflichtung zu Koexistenz, Toleranz und Verständnis,

basierend auf absoluter Gleichheit, zu bekämpfen und Maßnahmen zu ergreifen, um den sozialen Schutz und die Arbeitnehmerrechte von LSBT zu sichern und sie zu organisieren.

IGB-Aktionsprogramm

14. Der Kongress verpflichtet den IGB und die Regionalorganisationen, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- (a) die universelle und uneingeschränkte Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte zu einem Hauptziel seiner Bemühungen um ein neues Globalisierungsmodell zu machen, u.a. bei seiner Arbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen und der WTO;
- (b) auf Solidarität basierende und auf die grundlegenden Arbeitnehmerrechte ausgerichtete Gewerkschaftsmaßnahmen und Ziele zu fördern, da die Verteidigung und Förderung dieser Rechte an einem Ort deren Achtung überall erforderlich macht;
- (c) Verletzungen der grundlegenden Arbeitnehmerrechte, wo immer sie auftreten, in jeder erdenklichen Weise entgegenzutreten und bei diesen Bemühungen an die Solidarität aller Mitgliedsorganisationen zu appellieren;
- (d) alle Verletzungen grundlegender Arbeitnehmerrechte zu verurteilen und publik zu machen, darüber im Rahmen von Bildungs- und Kommunikationsarbeit aufzuklären, Gewerkschaftsrechtsvertechter/innen zu unterstützen und vor allem die Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten weiterhin zu veröffentlichen;
- (e) die Kapazitäten der Mitgliedsorganisationen zur Bekämpfung grundlegender Arbeitnehmerrechtsverletzungen auszubauen, u.a. durch Bildungsprogramme, den Aufbau regionaler und globaler Netzwerke und die Veröffentlichung jährlicher nationaler Berichte über die Gewerkschaftsrechtslage;
- (f) sich für die Freilassung inhaftierter aktiver Gewerkschafter/innen einzusetzen und für die Sicherheit von Gewerkschaftsrechtsvertechter(inne)n zu sorgen;
- (g) entschieden für die Beendigung der schlimmsten Rechtsverstöße und Unterdrückung einzutreten und deren Opfer zu unterstützen sowie Straffreiheit im Falle von Arbeitnehmerrechtsverletzungen zu bekämpfen;
- (h) auf die Beendigung von Gewerkschafts- und anderen Menschenrechtsverletzungen in Freien Exportzonen weltweit sowie auf die Integration der grundlegenden Arbeitnehmerrechte in die innerstaatlichen Gesetze oder Richtlinien, die für die Einrichtung derartiger Zonen gelten, hinzuarbeiten;
- (i) für das Vereinigungsrecht, das Recht auf Tarifverhandlungen und auf kollektive Aktionen für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst einzutreten, auch für die Polizei und die Streitkräfte, und dabei eng mit der Internationale der Öffentlichen Dienste und anderen Globalen Gewerkschaftsföderationen zusammenzuarbeiten;
- (j) aktiv dazu beizutragen, dass die Beschäftigten das Recht auf grenzüberschreitende Arbeitskämpfmaßnahmen erhalten, um die weltweite Achtung der grundlegenden Menschenrechte bei der Arbeit im Bedarfsfall zu unterstützen;
- (k) für die gesetzliche Haftpflicht von Unternehmen einzutreten, die universell anerkannte Menschenrechte verletzen, sowohl in Entwicklungs- als auch in Industrieländern;
- (l) mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen auf eine wirksamere internationale Koordination und eine gemeinsame Strategie für die Förderung und Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte hinzuarbeiten;

- (m) auf die uneingeschränkte Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte, vor allem des Vereinigungs- und des Tarifverhandlungsrechts, der Beschäftigten in der informellen Wirtschaft, ungeachtet ihres Beschäftigungsstatus, hinzuarbeiten;
- (n) das Überwachungssystem der IAO und die Folgemaßnahmen zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit umfassend zu nutzen, die Integrität ihrer Arbeitsmethoden und Rechtsprechung zu schützen und jede Gelegenheit zu nutzen, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen, indem u.a. besonders auf die Verhaltensweisen der Regierungen aufmerksam gemacht wird, die bei der Internationalen Arbeitskonferenz als die schlimmsten Rechtsverletzer festgestellt werden;
- (o) für die universelle Ratifizierung der IAO-Grundrechtsübereinkommen bis 2015 einzutreten;
- (p) dafür zu sorgen, dass die Universalität der IAO-Normen nicht durch politische oder juristische Beschlüsse auf nationaler oder regionaler Ebene untergraben wird;
- (q) eng mit der IAO zusammenzuarbeiten, u.a. über das IPEC und das internationale Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel, um die Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte zu fördern;
- (r) einen spezifischen IGB-Aktionsplan für die Beseitigung der Kinderarbeit sowie die Ratifizierung und Umsetzung der IAO-Übereinkommen 138 und 182 auszuarbeiten, in enger Zusammenarbeit mit dem IPEC und anderen engagierten Organisationen, mit spezifischen Strategien für die informelle Wirtschaft und Hauspersonal;
- (s) Beispiele für gute Praktiken bei der Bekämpfung von Kinderarbeit publik zu machen, einschließlich der Einrichtung kinderarbeitsfreier Zonen, um Kinderarbeit vollständig zu beseitigen und Bildung für alle zu ermöglichen;
- (t) zur Untermauerung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte eng mit in Frage kommenden Menschenrechtsorganisationen, progressiven Bündnissen und breiten Fronten zusammenzuarbeiten, um Veranstaltungen, Sitzungen, Foren und andere Initiativen zu koordinieren, und eine derartige Zusammenarbeit seitens der Mitgliedsorganisationen gegebenenfalls zu fördern.